„Ich glaube schon, dass diesmal mehr drinnen ist...“

Georg Pfeifer, der Leiter der Vertretung des Europäischen Parlaments in Wien im Gespräch

Das Haus der Europäischen Union hier in der Wipplingerstraße wurde im Jahr 2009 eröffnet – wie entwickelt sich Ihre Arbeit an diesem Standort?

PFEIFER: *In dem neuen Gebäude, das wir gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich teilen, haben wir wirklich viele Möglichkeiten. Mit der Vielzahl an Veranstaltungen die wir mit Partnern durchführen, können wir eine breite Palette an Themen ansprechen. Für unser Ziel, so etwas wie eine Europäische Dialogplattform zu bieten, ist das ganz wichtig. Denn über die Veranstaltungen bekommen wir auch Besucherinnen und Besucher die nicht zu unserer europainteressierten Stammklientel gehören. Außerdem kommen irrsinnig viele Schulklassen zu uns, was uns immer wieder die Gelegenheit zu interessanten Gesprächen mit jungen Leuten bietet.*

Die österreichische Bevölkerung hat traditionell ein ziemlich skeptisches Verhältnis zur europäischen Integration. Worin sehen Sie den Hauptgrund dafür?

PFEIFER: *Das stimmt natürlich, allerdings kommt es auch immer darauf an, welche Fragen man den Bürgerinnen und Bürgern stellt. In der längerfristigen Betrachtung seit 1995 ist das Meinungsklima durchaus stabil geblieben. Zwar sehen regelmäßig nur zwischen 30 und 45 % bei den Eurobarometerumfragen die Europäische Union als eine gute Sache an. Allerdings sind etwa zwei Drittel– natürlich mit Schwankungen, beispielsweise während der Sanktionen – in den Umfragen seit 1995 stabil der Meinung, Österreich solle Mitglied der Union bleiben. Insofern hat sich da auch nicht so wahnsinnig viel geändert. Aber ja, es gibt in Österreich doch viele Vorbehalte – aus vielfältigen Gründen. Es hat sicher etwas mit der veröffentlichten Meinung zu tun, die ja betont skeptisch ist. Allerdings sehe ich es auch nicht als per se schlecht, dass die Österreicher eine gewisse kritische Distanz zum Thema Europa und Entwicklung der Demokratie haben. Kritisch zu bleiben, ist ja gewissermaßen das Wesen einer demokratischen Gesellschaft. Aber nur solange – und da ist dann schon ein Bezug zu unserer Medienlandschaft – dies auch auf der Grundlage von Fakten passiert, und nicht auf Mythen aufbaut. Leider wird in Österreich gerade zum Thema Europa sehr stark mit derartigen Mythen gearbeitet, die einer näheren Betrachtung oft nicht standhalten. Wir begegnen dieser Diskussion übrigens in unserer Tätigkeit sehr aktiv. Im Rahmen unserer Veranstaltungen schaffen wir es, sehr unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen und mit Ihnen in Dialog zu treten. Ein gutes Beispiel war auch die Diskussion der sozialdemokratischen Europaabgeordneten mit den Leserbriefschreibern der Kronen Zeitung, die bei uns im Haus stattfand, sie können sich vorstellen, wie interessant-kontrovers so eine Debatte verläuft.*

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat das EP in vielen Bereichen eine deutliche Aufwertung erfahren. Seiner neuen Bedeutung hinkt das EP allerdings in der öffentlichen Wahrnehmung hinterher. Wird sich diese Kluft in Zukunft verkleinern?

PFEIFER: *Es ist tatsächlich so, dass der Lissabon-Vertrag die Macht des Europäischen Parlaments ausgeweitet hat. Man denke nur an die Ablehnung der von Bulgarien vorgeschlagenen Kommissarin im Februar, das SWIFT-Abkommen oder auch die Debatten um den Haushalt. Da treten die Parlamentarier schon deutlich selbstbewusster auf – und das mit gutem Recht! Schließlich und endlich sind Sie ja die gewählte Vertretung der Europäer. Allerdings hatte das Parlament aber auch schon vor Lissabon eine Vielzahl von Kompetenzen. Es ist also nicht so, dass auf einen Schlag ein Papiertiger zu einem wirklichen Tiger mutiert wäre. Dennoch bin ich der Ansicht, dass mit den wichtigen Themen, die das Parlament jetzt regelmäßig besetzt, sich auch die mediale Aufmerksamkeit verschieben wird. Insofern braucht der Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit, in der das Europäische Parlament seinen ihm zustehenden Platz findet, schlichtweg noch Zeit.*

Mehr als 70% der Europäerinnen und Europäer leben in Städten. Dennoch spiegelt sich dies – Stichwort Haushalt – nicht unbedingt in den Prioritäten europäischer Politik wider. Wie kann die urbane Agenda ihrer Ansicht nach im Europäischen Parlament besser verankert werden?

PFEIFER: *Im Europäischen Parlament ist die Urban Intergroup sehr aktiv zu Städtefragen. Der Hauptansatzpunkt im Parlament zu einer stärkeren Betonung urbaner Anliegen scheint jedenfalls die Debatte um die Zukunft der Kohäsionspolitik zu sein. Die Konzeption für die Periode ab 2014 ist bereits in vollem Gange und mit Regionalkommissar Johannes Hahn und der Vorsitzenden des Regionalausschusses im EP, Danuta Hübner, gibt es wichtige Player, die immer wieder Interesse an einer stärkeren städtischen Dimension signalisieren. Auch wenn man wissenschaftliche Untersuchungen heranzieht, kann man recht gut argumentieren, warum die Förderung urbaner Anliegen – gerade im Hinblick auf die Umsetzung von Europa 2020 – durchaus erfolgversprechend ist. Ich glaube also schon, dass diesmal mehr drinnen ist.*

Herr Pfeifer, noch eine persönliche Frage: Was macht Sie zum Europäer?

PFEIFER: *In erster Linie die Stationen meiner eigenen Biographie. Ich bin bereits sehr früh von zu Hause weggezogen, habe in unterschiedlichen Mitgliedsstaaten gelebt und damit kennengelernt, wie wertvoll Mobilität und Vielfalt sein kann. Die Möglichkeit in ganz Europa ohne größere bürokratische Hürden leben, studieren und arbeiten zu können, ist für mich persönlich ein ganz wesentlicher Aspekt der europäischen Einigung.*

Vielen Dank für das Gespräch!